

Wo Wohnen erschwinglich ist

Immobilien. Mietwohnungen werden immer teurer? Nein, in den meisten Regionen Deutschlands sind sie seit 2013 sogar günstiger geworden – wenn man die jeweilige Einkommensentwicklung berücksichtigt. Trotzdem gibt es einige Städte, die sich nur noch wenige Menschen leisten können. Ob es hier staatlicher Eingriffe bedarf, ist umstritten – die Immobilienexperten Michael Voigtländer und Andrej Holm legen das Pro und Kontra dar.

—> [Seiten 2-4](#)

Lohnstückkosten

Die Industrie in Deutschland produziert seit Langem teurer als die ausländische Konkurrenz – der Kostennachteil hat sich zuletzt auch nicht verringert.

—> [Seite 5](#)

Krankenstand

Die Arbeitgeber müssen immer mehr Geld für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aufwenden. Das liegt am Beschäftigungsboom und an den steigenden Löhnen.

—> [Seiten 8-9](#)

Löhne steigen meist schneller als Mieten

Immobilien. Mietwohnungen sind nicht teurer geworden, sondern in vielen Regionen Deutschlands sogar günstiger – wenn man die allgemeine Lohnentwicklung vor Ort berücksichtigt. Allerdings gibt es eine Stadt in Deutschland, in der selbst Gutverdienende mit der Mietpreisentwicklung zu kämpfen haben.

Sich über steigende Mieten zu echauffieren, gehört mittlerweile selbst im Bayerischen Wald zum guten Ton. Und es scheint ja auch zu stimmen: Wo auch immer man sich in Deutschland auf Wohnungssuche begibt, stellt sich das Gefühl ein, dass Immobilien in letzter Zeit unglaublich teuer geworden sind. Geradezu schwindelerregend wirken manche Mieten besonders für jene, die sie noch immer in D-Mark umrechnen.

Doch stimmt diese Wahrnehmung eigentlich? Eine IW-Studie, die die jüngsten Entwicklungen der durchschnittlichen Immobilienpreise und der durchschnittlichen Arbeitsentgelte vergleicht, kommt zu einem überraschenden Ergebnis:

In den meisten Regionen ist das Wohnen zur Miete zwischen 2013 und 2017 in Relation zum Einkommen nicht teurer, sondern günstiger geworden.

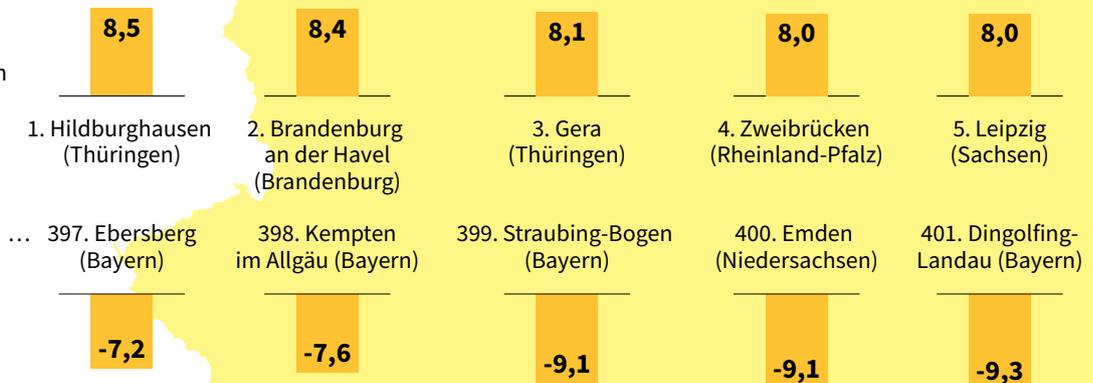
Das heißt allerdings nicht, dass einzelne Haushalte oder Gruppen auch in solchen Gegenden nicht höhere Mieten bezahlen mussten. Denn das IW hat für seine Analyse folgende Annahmen getroffen:

- Betrachtet werden für die Erschwinglichkeit von Wohnraum ausschließlich allein lebende sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; Selbstständige, Rentner und Studenten bleiben außen vor.
- Für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird – abhängig von den 401 Kreisen und kreisfreien Städten,

Erschwinglicher Wohnraum: Die Entwicklung

In diesen Kreisen und kreisfreien Städten ist die Mietwohnfläche, die sich ein sozialversicherungspflichtig Beschäftigter durchschnittlich für 26 Prozent seines monatlichen Nettoeinkommens leisten kann, von 2013 bis 2017 am stärksten gestiegen bzw. gesunken

Veränderung der erschwinglichen Wohnfläche zwischen 2013 und 2017 in Quadratmetern



Mietwohnungen: Neuvermietung einer durchschnittlichen Wohnung in einem Mehrfamilienhaus aus dem Bestand
 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: mit einem für seinen Kreis durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen, von dem er 26 Prozent für die Kaltmiete aufwendet

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2019 IW Medien / iwd

Mietwohnungen: Großes Preisgefälle

So viele Quadratmeter Wohnfläche konnte sich ein sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den Kreisen und kreisfreien Städten mit dem erschwinglichsten bzw. dem am wenigsten erschwinglichen Wohnraum im Jahr 2017 im Mittel leisten

109	1. Salzgitter (Niedersachsen)
108	2. Pirmasens (Rheinland-Pfalz)
107	3. Holzminden (Niedersachsen)
104	4. Wesermarsch (Niedersachsen)
102	5. Zweibrücken (Rheinland-Pfalz)
⋮	
47	397. Starnberg (Bayern)
46	398. Fürstfeldbruck (Bayern)
46	399. Dachau (Bayern)
44	400. Ebersberg (Bayern)
41	401. München (Bayern)

Mietwohnungen: Neuvermietung einer durchschnittlichen Wohnung in einem Mehrfamilienhaus aus dem Bestand

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: mit einem für seinen Kreis durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen, von dem er 26 Prozent für die Kaltmiete aufwendet

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

in denen sie leben – das jeweilige Median-Nettoeinkommen ermittelt.

- Es wird unterstellt, dass alle Arbeitnehmer einen konstanten Anteil ihres Nettolohns für die Kaltmiete aufwenden: 26 Prozent. Dies entsprach zuletzt der mittleren Mietkostenbelastung eines Single-Haushalts.
- Es wird eine Wohnung mit mittlerer Ausstattung in einem Bestands-Mehrfamilienhaus neu angemietet.

Ein solcher Durchschnittsverdiener wäre in Deutschland 2017 auf ein monatliches Nettoeinkommen von 2.013 Euro gekommen, wovon er 523 Euro für Miete (ohne Umlagen für Heizung und Warmwasser) aufbrach-

te. Im bundesweiten Mittel konnte man sich damit eine knapp 76 Quadratmeter große Wohnung leisten.

Doch wie sieht die Relation von Durchschnittseinkommen und Durchschnittsmieten in echten Städten aus? Sehr unterschiedlich, wie ein Vergleich der 401 deutschen Kreise und kreisfreien Städte zeigt (Grafik):

Ein Durchschnittsverdiener in Salzgitter konnte 2017 für 26 Prozent seines Nettolohns eine 109 Quadratmeter große Wohnung mieten. Sein Pendant in München konnte sich nur 41 Quadratmeter leisten.

Betrachtet man einen längeren Zeitraum, zeigt sich, dass Arbeitnehmer bei konstantem Wohnkostenanteil am Einkommen in 269 der 401 Kreise und kreisfreien Städte im Jahr 2017 mehr Wohnfläche mieten konnten als 2013. Ursache dafür ist, dass in diesen Regionen die Medianlöhne innerhalb dieses Zeitraums stärker gestiegen sind als die durchschnittlichen Quadratmeterpreise für Mietwohnungen. Besonders groß ist diese Asymmetrie in einigen Regionen Ostdeutschlands (Grafik Seite 2):

In Hildburghausen, Brandenburg an der Havel und in Gera konnten sich Arbeitnehmer mit einem mittleren Einkommen im Jahr 2017 im Schnitt eine um acht Quadratmeter größere Wohnung leisten als 2013.

Bemerkenswert ist, dass dieses Phänomen sogar in vier der sieben größten Städte gilt. In Düsseldorf, Köln, Frankfurt am Main und Hamburg war es Durchschnittsverdienern 2017 möglich, bei konstantem Wohnkostenanteil mehr Fläche anzumieten als vier Jahre zuvor. In Berlin und Stuttgart konnten sich Arbeitnehmer mit mittleren Löhnen nahezu gleich große Wohnungen leisten wie 2013. Nur in München sind Mietwohnungen weniger erschwinglich geworden:

In München sind die Mieten für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus allein von 2016 bis 2017 um 9 Prozent gestiegen.

Weil die Mietpreissteigerungen nicht durch das Lohnwachstum kompensiert wurden, konnten sich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit einem Medianeinkommen in München 2017 fast drei Quadratmeter weniger leisten als 2013. Selbst Besserverdienende haben es auf dem dortigen Wohnungsmarkt schwer: Auch die Lohnsteigerungen von Beamten im höheren Dienst und anderen Uni-Absolventen konnten die Mietpreissteigerungen der vergangenen Jahre in München nicht ausgleichen.

IW-Gutachten

Pekka Sagner, Michael Voigtländer: Die Erschwinglichkeit von Wohnraum

iwkoeln.de/wohnraum

Sind die Mieten zu hoch?

Immobilien. In vielen deutschen Städten gab es in den vergangenen Jahren massive Mietpreissteigerungen. Ob diese eingedämmt werden sollen oder nicht, erläutern zwei Immobilienexperten.



„Nein“,



sagt **Michael Voigtländer**,
Immobilienexperte
im Institut der deutschen
Wirtschaft

Es ist schön, weniger zu bezahlen, das ist selbstredend. Allerdings stellt sich gesellschaftlich die Frage, ob die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt gerechtfertigt werden kann oder ob es etwa eines staatlichen Eingriffs bedarf.

Die Mieten folgen im Wesentlichen den starken Lohnzuwächsen aufgrund des Arbeitsmarktbooms – viele Arbeitnehmer sind heute nicht stärker belastet als vor einigen Jahren. Dort, wo die Mieten schneller steigen, ist typischerweise die geringe Bautätigkeit in Kombination mit starker Zuwanderung hauptverantwortlich dafür. Dies gilt etwa in München oder auch in Berlin. Den Haushalten, deren Einkommen unter dem Durchschnitt liegen und die an der allgemeinen Lohnentwicklung nicht teilhaben, muss der Staat selbstverständlich helfen.

Angesichts der Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt die Mieten in den Großstädten jedoch beispielsweise gänzlich einzufrieren, wäre ein großer Fehler. Mieten sind ein wichtiges Steuerungsinstrument. Hohe Mieten sorgen zum einen für einen sparsamen Wohnungskonsum, zum anderen sind sie ein wichtiger interregionaler Wettbewerbsparameter.

Die Mieten in Berlin und München sind unter anderem deshalb so hoch, weil gerade junge Menschen aufgrund der Bildungschancen, des städtischen Flairs und der Infrastruktur dorthin ziehen. Durch diese Wanderungsbewegungen fehlen aber mittlerweile Arbeitskräfte in vielen Regionen Deutschlands, wie etwa in Südwestfalen, Nordbayern oder weiten Teilen Thüringens. Können die Unternehmen die Stellen nicht besetzen, werden sie über kurz oder lang ihren Standort auch in die Metropolen (oder ins Ausland) verlegen müssen.

Erschwinglicher Wohnraum ist für viele Kreise ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, um nicht noch mehr junge Menschen durch Abwanderung in die Großstädte zu verlieren. Ziel sollte es daher sein, Umlandgemeinden, Kleinstädte und ländliche Regionen wieder attraktiver zu machen – dann wird automatisch auch der Druck auf die Großstädte abnehmen. Massive Eingriffe in den Mietwohnungsmarkt werden den Konzentrationsprozess dagegen weiter befördern.



„Ja“,



sagt **Andrej Holm**,
wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Institut für Sozialwissenschaften
der Humboldt-Universität Berlin

Mieten sind immer zu hoch und die meisten Mieterinnen und Mieter hätten nichts dagegen, wenn sie für dieselbe Leistung – also eine gute Wohnung – weniger zahlen müssten. Eigentümerinnen und Eigentümer hingegen hätten in der Regel nichts dagegen, wenn sie mit demselben Angebot einen höheren Ertrag erzielen könnten. Dieser Grundwiderspruch der Interessen lässt sich objektiv kaum auflösen.

Mit den Ansätzen der Kostenmiete und der Leistbarkeit gibt es zwei Konzepte, um die Mindest- beziehungsweise die Maximalhöhe von Mieten festzustellen. In einer wirtschaftlichen Betrachtung werden dabei die Mieteinnahmen als Kostenmiete bezeichnet, die eine auskömmliche Bewirtschaftung des Mietshauses ermöglichen. Dabei wird davon ausgegangen, dass durch die Mieten alle tatsächlichen Aufwendungen und eine angemessene Eigenkapitalverzinsung gedeckt werden können. Das Konzept der Leistbarkeit hingegen setzt die Miethöhe ins Verhältnis zu den Einkommen und soll sicherstellen, dass sich ein Haushalt mit einem spezifischen Einkommen die Miete auch leisten kann.

In den meisten sozialpolitischen Diskussionen wird davon ausgegangen, dass die Leistbarkeit gewährleistet ist, wenn die Gesamtwohnenkosten (brutto, warm) 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens nicht überschreiten.

Allein in den 77 Großstädten in Deutschland hat fast die Hälfte aller Miethaushalte eine Mietkostenbelastung von über 30 Prozent zu tragen. Besonders hohe Mietbelastungen haben die 6,5 Millionen Haushalte mit geringen Einkommen – sie sind auf Wohnungen für rund 5 Euro je Quadratmeter angewiesen. Schon jetzt fehlen in den Großstädten knapp zwei Millionen leistbare Wohnungen. Da leistbare Mieten in den meisten Städten unter den Durchschnittsmieten liegen und auch in frei finanzierten Neubauprojekten nicht realisiert werden können, ist hier eine öffentliche Verantwortung gefragt. Wer leistbares Wohnen auf Dauer sichern will, kommt um Förderprogramme und den Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungssektors nicht herum.

Die Bürde bleibt

Lohnstückkosten. Das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland produziert teurer als die ausländische Konkurrenz – an diesem Standortnachteil hat sich in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert. Forderungen nach stärkeren Lohnsteigerungen sind deshalb nicht zu rechtfertigen.

Außenwirtschaftliche Risiken wie der Brexit und der protektionistische Kurs der USA sowie die Digitalisierung und der Fachkräftemangel fordern die deutsche Wirtschaft und vor allem die exportorientierte Industrie gehörig heraus – die Wachstumsaussichten sind bescheiden (siehe iwd 25/2018). Dennoch fordern die Gewerkschaften stärkere Lohnerhöhungen mit dem Argument, Deutschland habe einen preislichen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Ausland.

Der Blick auf die Industrie – also den hiesigen Wirtschaftssektor mit den weitaus stärksten außenwirtschaftlichen Verflechtungen – zeigt jedoch, dass von einem Kostenvorteil Deutschlands nicht die Rede sein kann (Grafik):

Im Jahr 2017 hatte das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland im Vergleich von 28 wichtigen Industrieländern die achthöchsten Lohnstückkosten.

Zwar sind die Arbeitskosten je Wertschöpfungseinheit in anderen großen europäischen Volkswirtschaften – Großbritannien, Italien und Frankreich – noch etwas höher als hierzulande. Doch die Konkurrenz außerhalb Europas produziert meist deutlich billiger. So hat die japanische Industrie gegenüber Deutschland einen Lohnstückkostenvorteil von 14 Prozent, die USA kommen sogar auf 20 Prozent.

Im Schnitt liegen die Lohnstückkosten im Ausland um 8 Prozent unter dem deutschen Niveau. Den Arbeitskostennachteil macht die deutsche Industrie also nicht durch ihre hohe Produktivität wett.

An diesem Wettbewerbshandicap hat sich zudem in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert:

Von 2011 bis 2017 stiegen die industriellen Lohnstückkosten in Deutschland jahresdurchschnittlich um 0,9 Prozent – die Konkurrenzländer insgesamt verzeichneten ein Plus von lediglich 0,8 Prozent.

In den anderen Euroländern blieben die Lohnstückkosten im Schnitt sogar nahezu konstant, sodass sich die

preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands unter anderem gegenüber Frankreich, Spanien und Belgien seit 2011 verschlechtert hat.

Aus IW-Trends 4/2018

Christoph Schröder: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich
iwkoeln.de/lohnstueckkosten

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2017, Deutschland = 100

	■ Lohnstückkosten	■ Produktivität
		100
Norwegen	115	102
Estland	113	22
Vereinigtes Königreich	112	71
Kroatien	109	19
Italien	106	60
Slowenien	102	43
Frankreich	102	92
Deutschland	100	100
Belgien	99	113
Kanada	97	71
Lettland	95	28
Österreich	94	95
Spanien	93	60
Slowakei	93	30
Portugal	92	28
Tschechien	90	30
Bulgarien	90	12
Niederlande	90	102
Finnland	87	103
Dänemark	86	129
Japan	86	66
Polen	84	19
Ungarn	82	27
USA	80	121
Schweden	75	106
Litauen	74	29
Griechenland	72	39
Rumänien	61	20

Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro

Quellen: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2019 IW Medien / iwd

Lieber besser als billiger

Kinderbetreuung. Für einen Platz in der Kita oder im Kindergarten müssen Eltern in den größeren deutschen Städten ganz unterschiedlich hohe Beiträge zahlen. Will die Politik dies ändern, ohne viele Familien schlechterzustellen, müsste sie die Gebühren fast zwangsläufig komplett abschaffen. Die dafür erforderlichen Mittel sollte der Staat jedoch lieber in die Verbesserung der Betreuungsqualität investieren.

Kinderbetreuung: Das Gebühren-Gefälle

Bruttojahreseinkommen der Eltern insgesamt ■ 50.000 Euro ■ 90.000 Euro

Kind im Alter von 1 Jahr und 6 Monaten (Kita)

305 Mannheim	504 Duisburg
298 Köln	479 Köln
280 Kiel	431 Münster
275 Bielefeld	400 Erfurt
270 Nürnberg	383 Bielefeld
⋮	⋮
135 Potsdam	169 Magdeburg
125 Düsseldorf	168 Dresden
124 Wiesbaden	164 Leipzig
123 Hamburg	158 Frankfurt (Main)
0 Berlin	0 Berlin

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in Krippen, Kindertagesstätten (Kitas) und Kindergärten in den 26 deutschen Städten mit mehr als 250.000 Einwohnern sowie sechs kleineren Landeshauptstädten verglichen. So viel Euro mussten Eltern in den teuersten beziehungsweise günstigsten Städten im zweiten Halbjahr 2018 monatlich zahlen, wenn sie ihr Kind 35 Stunden pro Woche betreuen ließen

Kind im Alter von 3 Jahren und 6 Monaten (Kindergarten)

217 Kiel	335 Bremen
146 Bremen	267 Erfurt
135 Nürnberg	252 Duisburg
132 Essen	247 Bielefeld
131 Mannheim	240 Bonn
⋮	⋮
	Berlin, Düsseldorf, Frankfurt (Main), Hannover, Mainz
	0



Elternbeiträge: In einigen Städten bieten die Einrichtungen keine Betreuung im Umfang von 35 Stunden an. Dort sind die Beiträge für die nächsthöhere oder -niedrigere verfügbare Betreuungszeit angegeben. Zudem gelten die Beiträge in einigen Städten nur für städtische Einrichtungen und nicht für jene von freien Trägern.

Am 1. Januar 2019 ist das Gute-Kita-Gesetz in Kraft getreten: Rund 5,5 Milliarden Euro stellt der Bund den Ländern bis 2022 zur Verfügung, um die Qualität der Betreuung in Kitas und bei Tageseltern zu verbessern. Das Geld darf auch dazu genutzt werden, Eltern bei den Kita-Gebühren zu entlasten. Ob und inwieweit die Länder und letztlich die Kommunen dies tun, ist offen – fest steht bislang nur, dass Eltern, die wegen ihres niedrigen Einkommens einen Kinderzuschlag oder Wohngeld bekommen, künftig nichts mehr für die Betreuung ihrer Kleinen zahlen müssen.

Um über Sinn und Unsinn weiterer Gebührenbefreiungen oder gar die Abschaffung der Kita-Beiträge urteilen zu können, ist zunächst deren Höhe zu klären. Und das ist schwierig, denn in den Kommunen gelten unterschiedliche Gebührenordnungen – unter anderem hängen die Beiträge mehr oder weniger stark vom Elterneinkommen und der Kinderzahl einer Familie ab.

Das IW hat dennoch versucht, anhand einiger Kriterien die Elternbeiträge in den 26 deutschen Städten mit mehr als 250.000 Einwohnern sowie sechs kleineren Landeshauptstädten zu vergleichen. Bei allen Datenproblemen ist am generellen Ergebnis nicht zu rütteln: Das Gebühren-Gefälle ist groß. Einige Beispiele (Grafik):

Ein Elternpaar mit einem Jahreseinkommen von 90.000 Euro brutto, das sein 18 Monate altes Kind 35 Stunden pro Woche in einer Kita betreuen lässt, zahlt in Berlin gar nichts, in Duisburg dagegen monatlich mehr als 500 Euro.

Für Eltern, die zusammen 50.000 Euro im Jahr verdienen, ist dieselbe Betreuungsleistung in Mannheim, Köln, Kiel, Bielefeld und Nürnberg am teuersten – ein entsprechender Platz in den (städtischen) Kitas kostet dort bis zu 305 Euro je Monat.

Die Betreuung im Kindergarten fällt insgesamt zwar günstiger aus als in der Kita, doch die Spanne ist auch hier breit: Für eine 35-Stunden-Betreuung müssen Eltern mit 90.000 Euro Jahresbruttoeinkommen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover und Mainz keinen Cent bezahlen, in Bremen dagegen jeden Monat 335 Euro – wobei der Bremer Senat beschlossen hat, diese Beiträge ab dem 1. August 2019 abzuschaffen. In Erfurt, Duisburg, Bielefeld und Bonn kostet ein Kindergartenplatz die Eltern monatlich etwa 250 Euro.

Generell fallen die Betreuungsgebühren in einigen Städten so hoch aus, dass sie für eine Reihe von Eltern deutlich mehr als ein Zehntel des Nettoeinkommens ausmachen.

Dies kann durchaus dazu führen, dass Eltern ihre Kinder später betreuen lassen, als es unter Förder- und Bildungsgesichtspunkten sinnvoll wäre.

Um dies zu verhindern, liegt es auf den ersten Blick nahe, dass der Staat die Kita-Gebühren einheitlich festsetzt. Ein solcher Eingriff dürfte allerdings auf wenig Gegenliebe stoßen, wenn eine substanzielle Zahl von Familien schlechtergestellt würde als bisher. Da Berlin bereits heute bis zum Schuleintritt vollständig auf Elternbeiträge für die Betreuungseinrichtungen verzichtet, müsste demnach die bundesweit einheitliche Betreuungsgebühr fast zwangsläufig bei 0 Euro liegen.

Die Abschaffung aller Beiträge für Kitas und Kindergärten wäre für viele Städte und Gemeinden aber nur schwer zu finanzieren, sodass der Bund und/oder die Länder in die Bresche springen müssten. Dann wäre jedoch das komplizierte Problem zu lösen, nach welchen Kriterien und in welcher Höhe die Zuweisungen an die einzelnen Kommunen erfolgen sollten.

Vor allem aber spricht ein grundsätzliches Argument derzeit dagegen, die Elternbeiträge komplett abzuschaffen: Wenn der Staat schon Geld in die Hand nimmt, sollte er es vorrangig nutzen, um die Betreuungsinfrastruktur und -qualität zu verbessern. Denn noch immer gibt es zu wenige Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen. Zudem müssen sich die Betreuerinnen und Betreuer in vielen Kitas und Kindergärten um sehr große Gruppen von Kindern kümmern. Und nicht zuletzt sind mit der starken Zuwanderung der vergangenen Jahre die Anforderungen an die Sprachförderung der Kleinen gestiegen. Selbst das komplette Budget des Gute-Kita-Gesetzes wird nicht ausreichen, um all diese Defizite zu beheben.

Sofern überhaupt eine Gebührenbefreiung erwogen wird, könnte man diese auf eine Grundbetreuung beschränken. Hamburg zum Beispiel bietet eine kostenfreie Betreuung in Kitas und Kindergärten im Umfang von fünf Stunden pro Tag – inklusive Mittagessen.

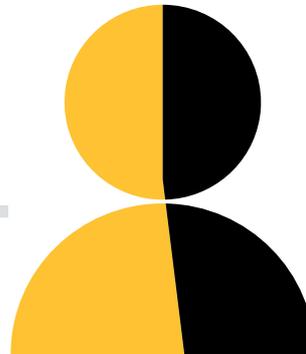
Zwar sind lange Betreuungszeiten und vor allem die Betreuung am frühen Morgen und am späten Nachmittag für berufstätige Eltern besonders wichtig – aber eben auch sehr teuer. Die Städte und Gemeinden können diese Zeiten daher oft nur anbieten, wenn sie die Kosten auf die Eltern abwälzen – zumal diese aufgrund ihrer Berufstätigkeit in der Regel ja auch ein ausreichendes Einkommen erzielen, um eine Zuzahlung für die Betreuung ihres Nachwuchses leisten zu können.

IW-Report 50/2018

Wido Geis-Thöne: Familien müssen für die gleiche Betreuung in der Kita unterschiedlich viel zahlen – Ein Vergleich der Gebührenordnungen der größten Städte in Deutschland
iwkoeln.de/kitagebuehren

Teure Leiden

Krankenstand. Im Jahr 2017 sind die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben nicht weiter gestiegen. Dass die Arbeitgeber trotzdem immer mehr Geld für die Entgeltfortzahlung aufwenden müssen, liegt an der höheren Beschäftigung und den höheren Löhnen. Die häufigsten Krankheitsursachen sind orthopädische und psychische Probleme, wie die jährliche Auswertung des Dachverbands der Betriebskrankenkassen zeigt.



48,1
 Prozent der BKK-Mitglieder waren im Jahr 2017 **nicht einmal krankgeschrieben**

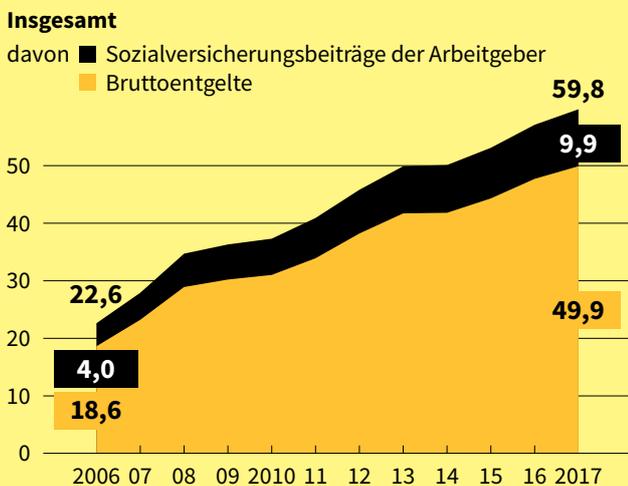
BKK-Mitglieder: Pflicht- und freiwillig versicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner; krankgeschrieben: mit ärztlichem Attest

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2019 IW Medien / iwd

iwd

Die Krankheitskosten der Arbeitgeber

Ausgaben der Unternehmen für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall in Milliarden Euro



Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber einschließlich der gesetzlichen Unfallversicherung; 2016: vorläufig, 2017: geschätzt

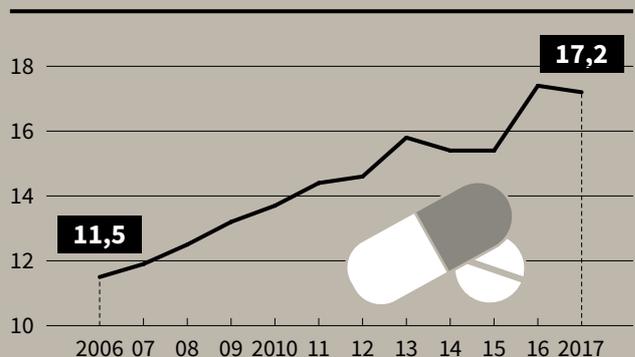
Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Deutsche Rentenversicherung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

iwd

Wer sich krankmeldet, erhält sechs Wochen lang sein volles Gehalt vom Arbeitgeber. Danach springt zu 70 Prozent die Krankenkasse ein. Im Jahr 2017 zahlten die Unternehmen in Deutschland insgesamt fast 60 Milliarden Euro für die Entgeltfortzahlung. Dass diese Summe seit Jahren wächst, liegt auch an der steigenden Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter und den steigenden Löhnen.

Die Krankheitstage

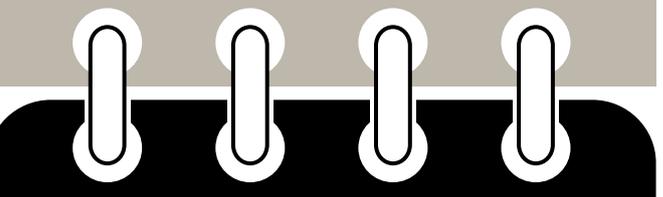
Durchschnittliche Krankheitstage je Pflichtmitglied



Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest von pflichtversicherten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner, ab 2016 wegen neuer Methodik nur bedingt mit früheren Werten vergleichbar

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2019 IW Medien / iwd

iwd

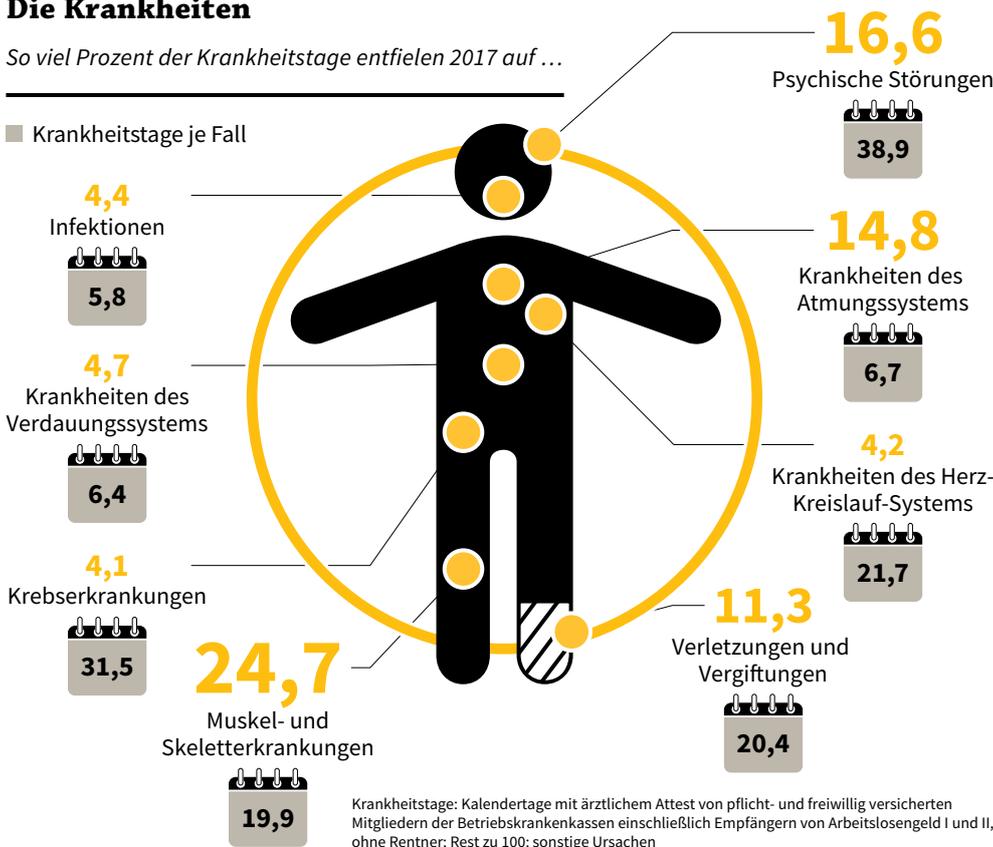


Mit einem schlechteren Gesundheitszustand der Beschäftigten haben die höheren Krankheitskosten kaum etwas zu tun. Der Anstieg um zwei Krankheitstage im Jahr 2016 beruht allein darauf, dass seitdem auch Atteste während der Reha sowie aufgrund von Arbeitsunfällen erfasst werden. Im Jahr 2017 haben sich die Arbeitnehmer mit 17,2 Tagen im Schnitt sogar etwas seltener krankgemeldet als 2016.

Die Krankheiten

So viel Prozent der Krankheitstage entfielen 2017 auf ...

■ Krankheitstage je Fall



Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest von pflicht- und freiwillig versicherten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen einschließlich Empfängern von Arbeitslosengeld I und II, ohne Rentner; Rest zu 100: sonstige Ursachen

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2019 IW Medien / iwd

iwd

Ein knappes Viertel aller Arbeitsunfähigkeitstage entfiel 2017 auf Erkrankungen des Bewegungsapparats. Betroffen sind davon allerdings nicht nur körperlich schwer arbeitende Menschen, sondern auch viele Büroangestellte. Der zweithäufigste Krankenschreibungsgrund sind psychische Probleme – und sie verursachen mit rund 39 Kalendertagen die weitaus längsten Fehlzeiten je Fall. Wer eine Infektion auskuriert, fällt dagegen im Durchschnitt lediglich knapp sechs Tage aus.

Die Branchen

Krankheitstage je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen im Jahr 2017

Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	24,3	darunter:	Metallerzeugung und -bearbeitung	22,2
Gesundheits- und Sozialwesen	19,3		Papier, Pappe und Waren daraus	20,9
Baugewerbe	18,8		Gummi- und Kunststoffwaren	20,4
Verarbeitendes Gewerbe	18,2		Textilien	20,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	17,9		Glas und Glaswaren, Keramik	19,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	17,1		Chemische Erzeugnisse	19,6
Gastgewerbe	16,4		Metallerzeugnisse	18,9
Energieversorgung	15,5		Sonstiger Fahrzeugbau	18,6
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	14,9		Elektrische Ausrüstungen	18,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	13,7		Kraftwagen und -teile	18,2
Information und Kommunikation	10,6		Pharmazeutische Erzeugnisse	17,3
			Maschinenbau	16,4
			Datenverarbeitungsgeräte	14,3

Branchenauswahl; Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest; Textilien: ohne Bekleidung und Leder

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2019 IW Medien / iwd

iwd

Für 2017 haben die Statistiker des Dachverbands der Betriebskrankenkassen (BKK) die Auswertung des Krankenstands in den Branchen erstmals nach der amtlichen Gliederung vorgenommen. Deshalb sind die Werte nicht mit denen der Vorjahre vergleichbar. Die

Grundaussage aber ist geblieben: Die Arbeit in Industrie und Bergbau hat die Bezeichnung Knochenjob nicht mehr verdient. Die BKK-versicherten Beschäftigten im Maschinenbau beispielsweise sind seltener krank als jene im Handel und in der Kfz-Reparatur.

Wirtschaftsstark und attraktiv

EU-Hauptstädte. In fast allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wächst die Einwohnerzahl der Hauptstädte rasant. Zwar legt auch die Wirtschaftskraft dieser Metropolen zu, doch in der Pro-Kopf-Betrachtung des Wirtschaftswachstums fallen die Hauptstädte oftmals gegenüber dem Rest des Landes zurück. Dies gilt auch für Berlin.

Ob Schweden, Tschechien oder Deutschland: In vielen europäischen Staaten besitzen die Hauptstädte eine besondere Anziehungskraft – das spiegelt sich auch in der Bevölkerungsentwicklung wider (Grafik):

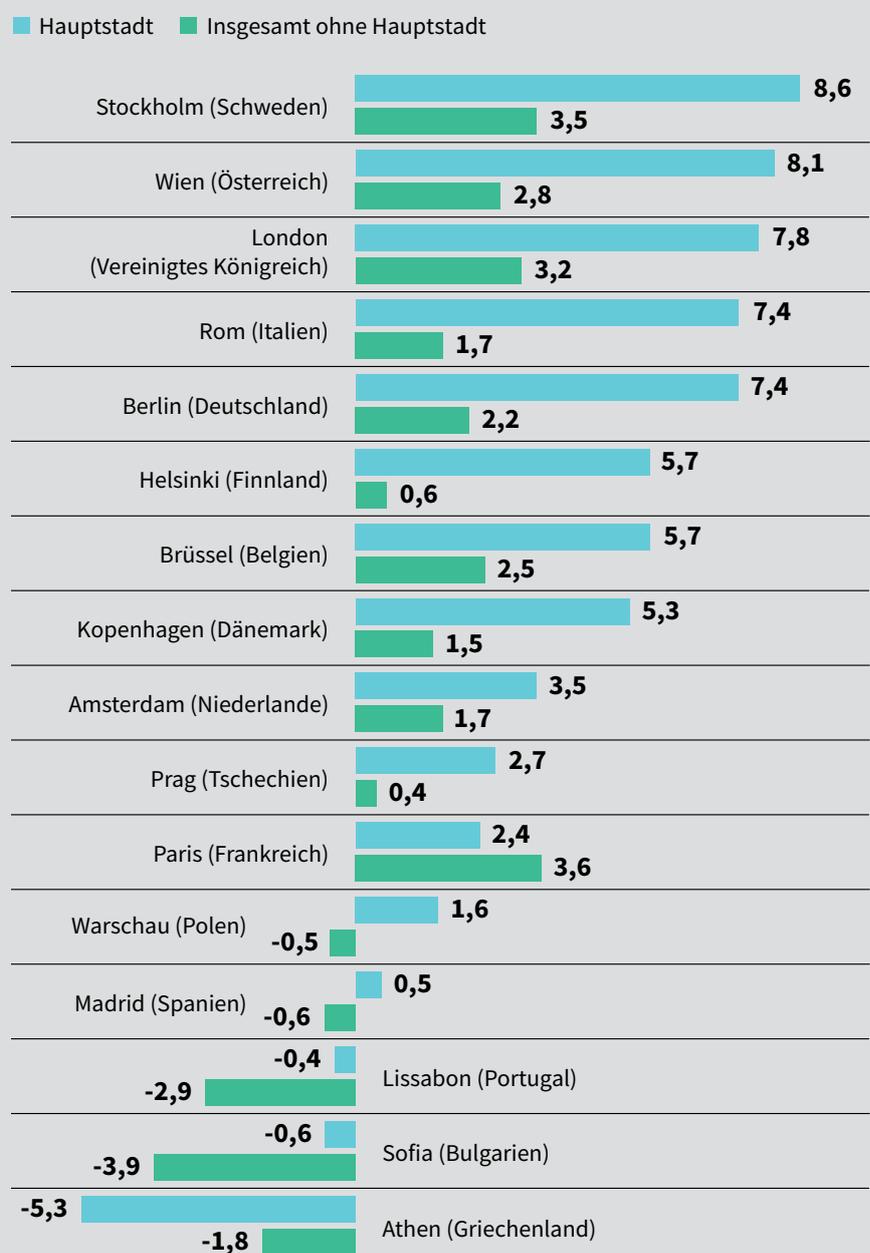
Fast alle europäischen Hauptstädte wuchsen von 2011 bis 2016 stärker als das jeweilige übrige Land.

In Portugal und Bulgarien – in beiden Ländern ist die Einwohnerzahl geschrumpft – war der Rückgang in der Hauptstadt zumindest schwächer als im nationalen Durchschnitt. Einzig die griechische Hauptstadt Athen hat deutlich mehr Einwohner verloren als das Land – binnen fünf Jahren über 5 Prozent.

Insgesamt zeigt der Blick auf die Bevölkerung, dass vor allem die Länder im Süden und ihre Hauptstädte kein hohes Wachstum verzeichneten. Ausnahme: Italien und Rom. Betrachtet man dagegen die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), rangieren sämtliche

Vor allem die Hauptstädte wachsen

Veränderung der Einwohnerzahl von 2011 bis 2016 in Prozent



Vergleich der EU-Staaten mit mindestens fünf Verwaltungsregionen auf der sogenannten NUTS-2-Ebene

Quelle: Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

südeuropäische Staaten am unteren Ende des Rankings:

Mit 3 Prozent Wirtschaftswachstum von 2011 bis 2016 kommt Italien im EU-Vergleich auf den vorletzten Platz. Nur Griechenland hat sich deutlich schlechter entwickelt.

In den meisten Hauptstädten der EU-Staaten ist das BIP zwar deutlich dynamischer gewachsen als im Landesdurchschnitt (Grafik). Allerdings sollte man sich von diesen Zahlen nicht blenden lassen: Weil viele Hauptstädte mehr Einwohner hinzugewonnen oder zumindest weniger verloren haben als das Umland, fällt das Wirtschaftswachstum je Einwohner oft schwächer aus

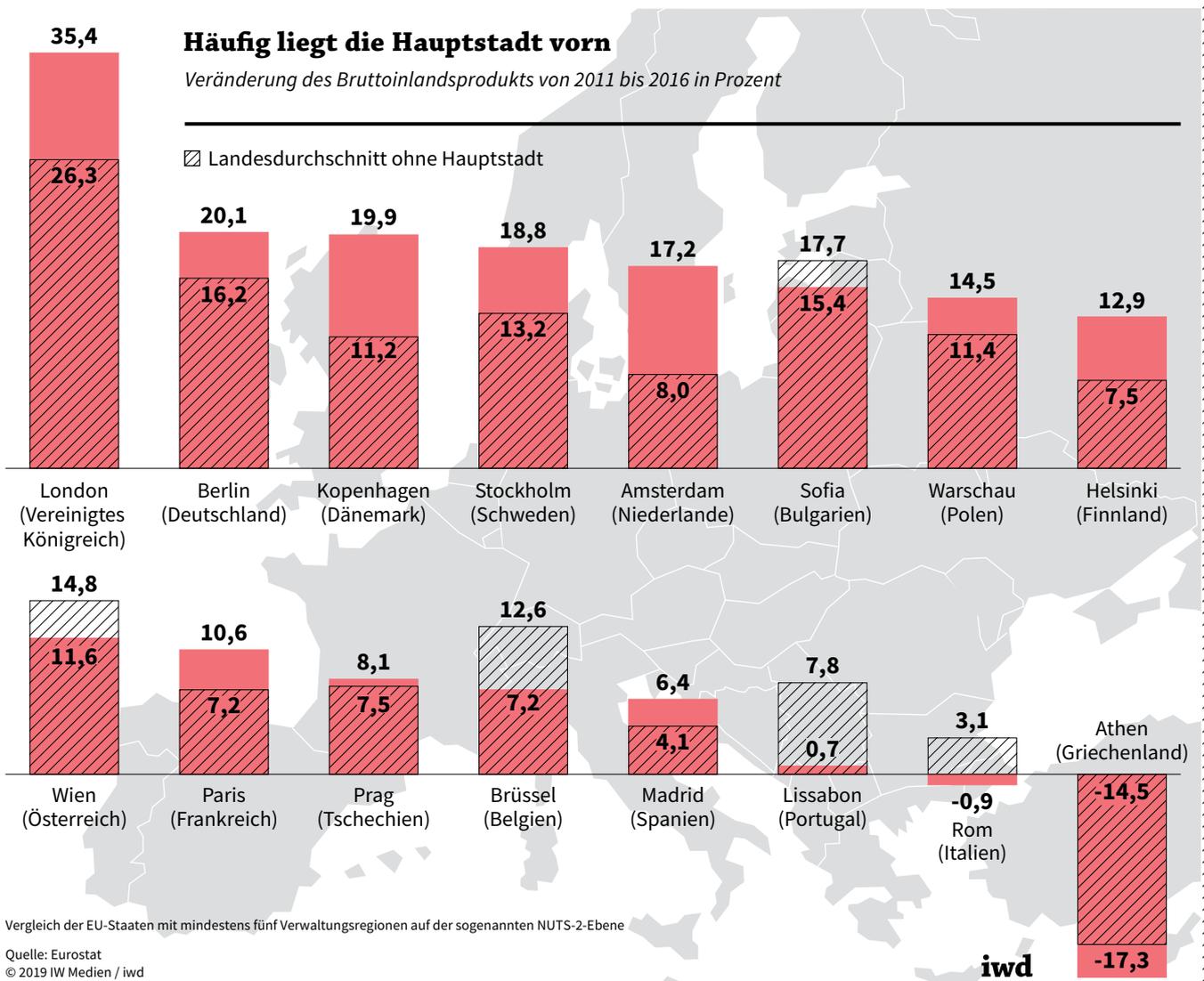
als im übrigen Land. Das gilt auch für die Bundesrepublik:

Das nominale BIP Berlins ist von 2011 bis 2016 um mehr als 20 Prozent gewachsen. Doch da auch die Einwohnerzahl überdurchschnittlich gestiegen ist, legte das BIP pro Kopf weniger stark zu als im Rest Deutschlands.

In Bulgarien verhält es sich derweil anders: Die Wirtschaftsleistung je Einwohner wuchs in Sofia von 2011 bis 2016 um gut 13 Prozentpunkte schwächer als im übrigen Land. Aber auch mit Blick auf das absolute BIP-Wachstum lag die Metropole zurück. Allerdings ist die Wirtschaftskraft im übrigen Bulgarien noch immer deutlich geringer als in

der Hauptstadt, weshalb das Umland viel leichter hohe Wachstumsraten erreicht. Und: Noch immer fiele das BIP pro Kopf in Bulgarien ohne Sofia um 26 Prozent niedriger aus. In dieser länderspezifischen Betrachtung kann sich die bulgarische Kapitale sogar zur gewichtigsten europäischen Hauptstadt krönen.

Doch längst nicht in allen EU-Staaten gibt es ähnliche wirtschaftliche Konvergenzprozesse wie in Bulgarien. Vielmehr laufen einige reiche Hauptstadtregionen dem übrigen Land mit einem überproportional hohen Wachstum davon – auch das zuletzt von Protesten überzogene Paris und das Brexit-geplagte London.



Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge,
 Berit Schmiedendorf,
 Kerstin Schraff,
 Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de



Top-Liste: Studentenjobber

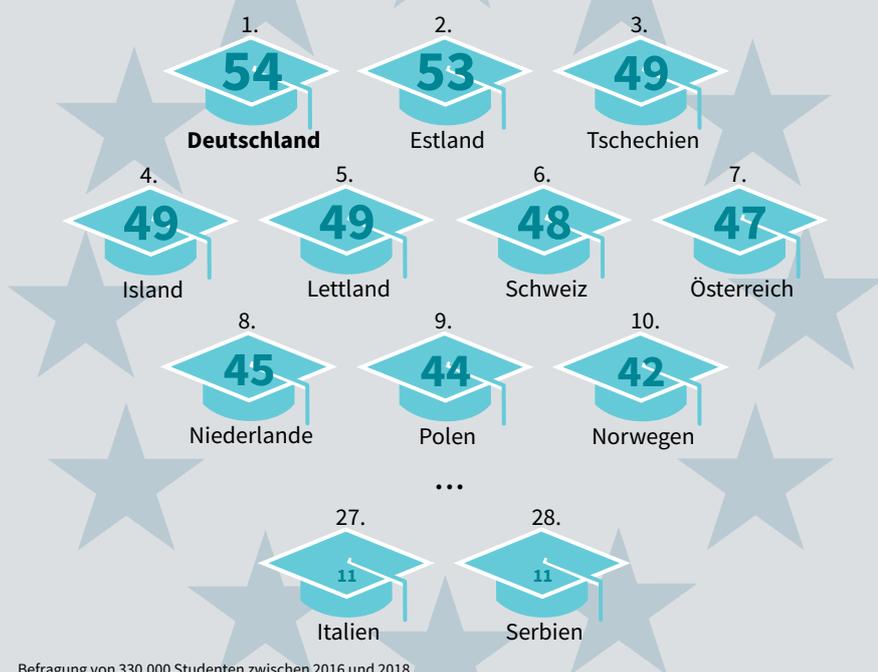
In keinem anderen europäischen Land jobben so viele Studenten wie in Deutschland: Zuletzt gingen 54 Prozent der hiesigen Hochschul­ler einer regelmäßigen, bezahlten Tätigkeit während des Zeitraums nach, in dem Vorlesungen und Seminare stattfinden. Im Schnitt arbeiteten die Studenten elf Stunden in der Woche, ein Drittel jobbte sogar mehr als 21 Stunden. Kein Wunder: Denn ein Studium muss man sich auch leisten können. Laut Deutschem Studentenwerk benötigt der akademische Nachwuchs etwa 850 bis 925 Euro monatlich, um unter vernünftigen Umständen studieren und wohnen zu können. Der Bafög-Höchstsatz ist mit 649 Euro (ohne Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag) im Monat weit davon entfernt, auch die geplante Erhöhung auf 744 Euro hilft nur marginal.

Zahl der Woche



Studieren und arbeiten

So viel Prozent der Studenten in Europa gehen einer geregelten, bezahlten Tätigkeit während der Vorlesungszeit nach



Befragung von 330.000 Studenten zwischen 2016 und 2018

Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
 © 2019 IW Medien / iwd



Bundesbürger ab 14 Jahren gaben im Jahr 2017 an, mehrmals wöchentlich Sport zu treiben – immerhin 1,2 Millionen mehr als im Jahr zuvor. Laut Arbeitsgemeinschaft Verbrauchs- und Medienanalyse gingen allein 4,3 Millionen über 14-Jährige mindestens zweimal pro Woche ins Fitnessstudio, um Kraft und Kondition zu steigern oder ihr Gewicht zu reduzieren – rund ein Viertel mehr als 2016. Doch trotz dieses positiven Trends bleibt der innere Schweinehund allzu oft Sieger, wenn es um den guten Vorsatz geht, sich mehr zu bewegen: Die Zahl derjenigen Deutschen, die sich weniger als einmal im Monat sportlich betätigen, war 2017 mit 10,4 Millionen fast ebenso hoch wie die der Sportbegeisterten. Und mehr als 29 Millionen über 14-jährige Bundesbürger haben zuletzt überhaupt keinen Sport getrieben – oder wollten sich zu diesem Thema gar nicht erst äußern.